Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1.-74. Sitzung. (13/1 - 13/1057), 1991 -1995

24.11.1994 - Beschlußprotokoll 63. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
13. Wahlperiode

Beschlußprotokoll
63. Sitzung
24. 11. 94
Nr. 13/877 — 13/912

Nr. 13/877

Gleichberechtigung für Deutschland / Gegen antideutsche Propaganda
Antrag (Entschließung) der Gruppe der DVU
vom 22. September 1994
(Drucksache 13/998)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 13/878

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage
Mitteilung des Senats vom 8. November 1994
(Drucksache 13/1034)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 13/879

Geordneter und sicherer Strafvollzug
Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. September 1994
(Drucksache 13/1003)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/880

Verjährungsverlängerung bei Volksverhetzung
(Gesetz zur Änderung des Landespressegesetzes)
Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Oktober 1994
(Drucksache 13/1007)

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den nichtständigen Ausschuß „Medien" federführend sowie an die Deputation für Inneres.

Nr. 13/881

Festsetzung des Wahltages für die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft der 14. Wahlperiode
Antrag der Mitglieder des Vorstands
vom 17. Oktober 1994
(Drucksache 13/1009)

Als Wahltag für die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft der 14. Wahlperiode wird Sonntag, der 24. September 1995, festgesetzt.

Nr. 13/882

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 45
vom 18. Oktober 1994
(Drucksache 13/1010)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/883

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 46
vom 1. November 1994
(Drucksache 13/1026)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/884

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 47
vom 15. November 1994
(Drucksache 13/1036)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/885

Frauenförderung in der Privatwirtschaft
Mitteilung des Senats vom 18. Oktober 1994
(Drucksache 13/1011)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/886

Verbot des Walfangs
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP
vom 20. Oktober 1994
(Drucksache 13/1013)

Die Einrichtung eines Walschutzgebietes in den antarktischen Gewässern durch die Internationale Walfang-Kommission (IWK) im Juni 1994 ist ein deutliches Zeichen, den Walfang auch auf der Nordhalbkugel bzw. im Nordatlantik einzustellen. Solange keine gesicherten Schätzungen über den Bestand der Walpopulationen vorliegen, bedeutet die Freigabe des Walfangs im Nordatlantik durch die norwegische Regierung eine weitere Gefährdung des Artenbestandes der nordatlantischen Meeresumwelt. Die langfristige Wirksamkeit des Moratoriums der IWK ist durch die von Norwegen beanspruchte Sonderstellung gefährdet. Gerade die Küstenländer sind aufgerufen, sich für den Erhalt der Meeresumwelt einzusetzen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat deshalb auf, im Bundesrat Initiativen zu ergreifen, die einen wirksamen und dauerhaften Schutz von Walen im Nordatlantik sicherstellen durch Einführung eines Verbots auf EG-Ebene, das jeglichen Walfang sowohl in den Gewässern der EG als auch durch die Mitgliedsstaaten der EG verbietet entsprechend dem von der Internationalen Walfang-Kommission 1986 gefaßten Beschluß.

Nr. 13/887

Wahl eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Herrn Dr. Jörg B e w e r s d o r f

zum Mitglied des Staatsgerichtshofs.

Nr. 13/888

Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1991
Mitteilung des Senats vom 8. Dezember 1992
(Drucksache 13/418)

Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt dem Senat aufgrund des § 114 Abs. 1 Landeshaushaltsordnung Entlastung.

Nr. 13/889

Jahresbericht 1993 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Haushaltsrechnung 1991
— Freie Hansestadt Bremen (Land)
vom 27. Oktober 1993
(Drucksache 13/683)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Jahresbericht Kenntnis.

Nr. 13/890

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 1991 (Mitteilung des Senats vom 8. Dezember 1992 — Drs. 13/418) und zum Jahresbericht 1993 des Rechnungshofs (Drs. 13/683 vom 27. Oktober 1993) sowie Ergänzungsbericht zu den Haushaltsjahren 1985, 1988 und 1990
vom 27. September 1994
(Drucksache 13/1014)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen im Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht Kenntnis.

Nr. 13/891

Rechnung des Rechnungshofs über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 1993
vom 28. Juni 1994
(Drucksache 13/954)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Rechnung des Rechnungshofs Kenntnis.

Nr. 13/892

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zu der Rechnung des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1993 (Drs. 13/954)
vom 24. Oktober 1994
(Drucksache 13/1015)

Gemäß § 101 LHO wird dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen wegen der Rechnung über seine Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 1993 in Kapitel 0011 des Haushalts der Freien Hansestadt Bremen Entlastung erteilt.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht Kenntnis.

Nr. 13/893

Für eine gerechte Sozialordnung
Antrag der Gruppe der DVU
vom 25. Oktober 1994
(Drucksache 13/1017)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/894

Bekenntnis zur demokratischen Grundordnung
Antrag (Entschließung) der Gruppe der DVU
vom 25. Oktober 1994
(Drucksache 13/1018)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 13/895

Gesetz zur Änderung des Bremischen Justizkostengesetzes
Mitteilung des Senats vom 25. Oktober 1994
(Drucksache 13/1019)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 13/896

Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses mit Manfred Mayer-Schwinkendorf
Antrag der Fraktion der CDU
vom 2. November 1994
(Drucksache 13/1028)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/897

Stellenbesetzung beim Informationsbüro Bremen in Brüssel
Antrag der Fraktionen der FDP, der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN
vom 23. November 1994
(Drucksache 13/1044)

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, daß das Bremische Beamtengesetz am 1. März 1994 geändert wurde mit dem Ziel, freie öffentliche Stellen grundsätzlich, Ämter des höheren Dienstes sogar überregional auszuschreiben.

Zu den Stellen, die ein besonderes Vertrauensverhältnis zwischen dem einzelnen Mitglied des Senats oder des Magistrats und dem Amtsinhaber voraussetzen und deshalb nicht der Ausschreibungspflicht unterliegen, sollten ausschließlich folgende Ämter gehören:

1. der Staatsräte/Staatsrätinnen
2. der Sprecher/-innen des Senats
3. der persönlichen Referenten/Referentinnen und Pressereferenten/Pressereferentinnen
4. der Angestellten im Vorzimmer.

Die Bürgerschaft (Landtag) hält es für notwendig, das Bremische Beamtengesetz entsprechend zu ändern.

Nr. 13/898

Genehmigung der Vernehmung eines Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft durch den 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschuß der 13. Wahlperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages in Kiel gemäß § 50 Abs. 1 und 3 StPO

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Genehmigung der Vernehmung eines Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft durch den 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschuß der 13. Wahlperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages gemäß § 50 Abs. 1 und 3 StPO.

Nr. 13/899

Wahl eines Mitglieds des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Christian W e b e r

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Konrad Kunick zum Mitglied des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses.

Nr. 13/900

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses „Förderung der Gleichberechtigung der Frau im Lande Bremen"

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Karoline L i n n e r t

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Marieluise Beck zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses „Förderung der Gleichberechtigung der Frau im Lande Bremen".

Nr. 13/901

Wahl zweier stellvertretender Mitglieder des Ausschusses „Bundes- und Europaangelegenheiten"

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Christine B e r n b a c h e r

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Marieluise Beck sowie den Abgeordneten

Horst Isola

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Konrad Kunick zu stellvertretenden Mitgliedern des Ausschusses „Bundes- und Europaangelegenheiten".

Nr. 13/902

Wahl zweier Mitglieder des Ausschusses „Reform des öffentlichen Dienstes"

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Ute Treptow

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Marieluise Beck sowie die Abgeordnete

Silke Striezel

anstelle des Abgeordneten Tölke Borchers zu Mitgliedern des Ausschusses „Reform des öffentlichen Dienstes".

Nr. 13/903

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Finanzdeputation

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Bringfriede Kahrs

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Konrad Kunick zum Mitglied der staatlichen Finanzdeputation.

Nr. 13/904

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Arbeit

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Ute Treptow

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Marieluise Beck zum Mitglied der staatlichen Deputation für Arbeit.

Nr. 13/905

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für das Bauwesen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Rudolf Bohne

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Peter Bollhagen zum Mitglied der staatlichen Deputation für das Bauwesen.

Nr. 13/906

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Petitionsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Rudolf B o h n e

anstelle des Abgeordneten Peter Braun zum stellvertretenden Mitglied des Petitionsausschusses.

Nr. 13/907

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Inneres

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Ingrid B u s b o o m

anstelle des Abgeordneten Christian Weber zum Mitglied der staatlichen Deputation für Inneres.

Nr. 13/908

Wahl zweier Mitglieder der staatlichen Deputation für Gesundheit

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Kirsten L ü t h

anstelle der Abgeordneten Annemarie Witthuhn sowie die Abgeordnete

Karin T u c z e k

anstelle des Deputierten Dr. Friedemann Osmers zu Mitgliedern der staatlichen Deputation für Gesundheit.

Nr. 13/909

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses „Angelegenheiten der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger und ihrer Integration"

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Ulrike S c h r e i b e r

anstelle des Abgeordneten Ralf Bergen zum Mitglied sowie die Abgeordnete

Kirsten L ü t h

anstelle des Abgeordneten Christian Weber zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses „Angelegenheiten der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger und ihrer Integration."

Nr. 13/910

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Landesbeirats für Weiterbildung

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Maria S p i e k e r

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Marieluise Beck zum stellvertretenden Mitglied des Landesbeirats für Weiterbildung.

Nr. 13/911

Baugenehmigungsfreie Bauvorhaben

Antrag der Fraktionen der FDP, der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der CDU
vom 22. November 1994
(Drucksache 13/1043)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bei der anstehenden Novellierung der Landesbauordnung den Tatbestand der baugenehmigungsfreien Bauvorhaben nach § 66 LBO auch auf Einzel- und Reihenhäuser bis 140 qm Grundfläche und einer Firsthöhe von 11,50 m ab Straßenoberkante auszudehnen.

Solche Bauvorhaben sollen zukünftig der Bauordnungsbehörde nur noch angezeigt werden. Sie müssen den Grundlagen der LBO entsprechen. Für die Einhaltung der planungsrechtlichen, versorgungstechnischen sowie Einmessungsauflagen, Statik und Erschließung tragen der Entwurfsverfasser gemäß § 56 LBO und von ihm hinzugezogene beratende Ingenieure sowie vereidigte Sachverständige Verantwortung.

Die Überprüfung solcher angezeigter Bauvorhaben hat sich lediglich auf die Einhaltung des Bauordnungsrechtes zu beziehen. Erfolgt seitens der Bauordnungsbehörden innerhalb von vier Wochen kein Einwand, so sollen diese baugenehmigungsfreien Bauvorhaben als genehmigt gelten.

Baugenehmigungsfreie Vorhaben sollen auch in Zukunft ebenso wie baugenehmigungsbedürftige Vorhaben den öffentlich-rechtlichen Vorschriften entsprechen müssen. Sind für die baugenehmigungsfreien Vorhaben Ausnahmen oder Befreiungen von planungsrechtlichen, bauordnungsrechtlichen oder sonstigen Vorschriften erforderlich, so ist deren Erteilung bei der jeweiligen Genehmigungsbehörde zu beantragen. Vor Erteilung einer entsprechenden Ausnahme oder Befreiung sollen die Bauvorhaben nicht begonnen werden dürfen.

Der Bauherr, der trotz Befreiung für sein Bauvorhaben aus haftungsrechtlichen oder finanzierungstechnischen Gründen eine unabhängige Prüfung im Sinne einer vereinfachten Baugenehmigung durchgeführt haben will, hat hierauf Anspruch. Gutachterliche Stellungnahmen sollen ersatzweise analog zur Baugenehmigung von den Kreditanstalten anerkannt werden.

Nr. 13/912

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. 2. Schiffsregister
   Antrag der Gruppe der NK
   vom 31. Oktober 1994
   (Drucksache 13/1025)

2. Schaffung eines Ausführungsgesetzes zum Kinder- und Jugendhilfegesetz
   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 2. November 1994
   (Drucksache 13/1029)

3. Finanz-Controlling-Quartalsbericht III/94
   Mitteilung des Senats vom 8. November 1994
   (Drucksache 13/1031)

Druck: Hans Krohn, Bremen